

FRITZ NEWS

Nr. 4/10, Juni 2010

www.listefritz.at

Zugestellt durch Post.at

wir zeigen's euch!



www.fritztv.at

Hypo 400.000 €: Schmerzens- oder Schweigegeld?

Trotz 72 Millionen € Abschreibungen erhöht die Landesbank Hypo Tirol die Bezüge ihrer Vorstände.

Das Maß ist voll! Die Bürger müssen jeden Euro umdrehen und die gescheiterten Landesbanker der Hypo bekommen hunderttausende Euro mehr Gehalt. Die haben keinen Genierer mehr“, ist LA Fritz Dinkhauser stocksauer.

400.000 € MEHR GEHALT!

Konkret haben die drei Vorstände im vergangenen Jahr 1,2 Millionen Euro verdient. Im Jahr 2008 waren es noch 800.000 Euro. Die Landesbank Hypo Tirol hat ihren Vorständen im vergangenen Jahr also 400.000 Euro, das sind rund 5,5 Millionen Schilling, mehr bezahlt.

SCHLECHTES JAHR FÜR DIE HYPO, GUTES JAHR FÜR DIE MANAGER!

„Es ist unglaublich und dreist. Die Hypo-Manager haben im vergangenen Geschäftsjahr 72 Millionen Euro, also mehr als eine Milliarde Schilling, an Abschreibungen fabriziert und



„Die Landesbank Hypo Tirol gehört den Tirolern. Sie ist nicht die Privatbank von Platter und seinen ÖVP-Freunden!“

Fritz Dinkhauser

„Wer schnell viel Geld verdienen will, der ist bei der Hypo Tirol Bank an der falschen Adresse.“

LH Platter über die Hypo-Gehälter

Die Vorschüsse und Kredite an Vorstände und Aufsichtsräte betragen zum Bilanzstichtag EUR 0,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0,2 Mio.). Aufwendungen für Bezüge, Abfertigungen und Pensionen Die Aktivbezüge der Vorstände beliefen sich auf EUR 1,2 Mio. (Vorjahr: EUR 0,8 Mio.). Die Aufwendungen der Bank für Versorgungsbezüge früherer Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen betragen abzüglich der ASVG-Vergütungen im Berichtsjahr EUR 0,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,5 Mio.). Die Aufsichtsratsvergütungen betragen im Jahr 2009 EUR 0,06 Mio. (Vorjahr: EUR 0,05 Mio.). Die tatsächlichen Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für alle anderen Dienstnehmer betragen	FÄ... 305 Zus... 99 M... Lit... 2 T... F...
--	--

Auszug Hypo-Bilanz 2009: 400.000 Euro mehr für gescheiterte Banker!

wie zum Hohn genehmigt die ÖVP-Politik den Bankmanagern mehr Geld. Die Landesbank ist doch nicht die Privatbank von Landeshauptmann Platter und seinen ÖVP-Parteifreunden“, ärgert sich LA Dinkhauser.

SCHMERZENS- ODER SCHWEIGEGELD?

„Herr Landeshauptmann, ich verlange Aufklärung darüber, ob es sich bei den 400.000 Euro um Schmerzens- oder Schweigegeld an den abgetretenen Vorstandsvorsitzenden Gruber handelt. Wenn dem so ist, wer trägt dafür die Verantwortung, denn die Bürger haben dafür kein Verständnis“, verlangt LA Dinkhauser mit einer Anfrage im Landtag volle Aufklärung.

PRÜFBERICHT DER NATIONALBANK OFFENLEGEN!

Hypo-Chef Hannes Gruber ist Anfang Dezember 2009 abgetreten. Nach und nach sind die drastischen Abschreibungen in der Höhe von 72 Millionen Euro und das mangelnde Risikomanagement in der Landesbank ans Licht der Öffentlichkeit gelangt.

„Den offenbar katastrophalen Prüfbericht der Nationalbank zur Hypo halten Platter und Co noch immer geheim. Die Bürger und Landtagsparteien werden für dumm verkauft. Wie soll sich die Landesbank so neu aufstellen und in Zukunft erfolgreich sein“, verlangt LA Dinkhauser die Offenlegung des Prüfberichts.

Tirol 2016: 4000 Lehrlinge fehlen!

Die Zahlen sind dramatisch: In Tirol gibt es derzeit rund 13.500 Lehrlinge, Tendenz stark sinkend. Denn neueste Untersuchungen belegen, dass die Zahl der Lehrlinge jährlich um rund 400 zurückgeht. Bis 2016 wird es – aufgrund geburtenschwächerer Jahrgänge – 1800 Jugendliche im Alter von 15 Jahren geben weniger als heute. Insgesamt heißt das: Tirol gehen die Lehrlinge aus. Denn bis 2016 wird es rund die Hälfte weniger Lehrlinge geben, die mit einer Lehre anfangen!

LEHRLINGE SIND BAUSTEINE DER WIRTSCHAFT!

„Wenn Tirol die Lehrlinge ausgeben, ist das das Ende der Tiroler Wirtschaft, die auf ihren Klein- und Mittelbetrieben auf-

baut. Das ist auch das Ende der Innovationen. Denn gerade aus den kleineren und mittleren Betrieben kommen Ideen und wichtige Neuentwicklungen für Tirol“, warnt LA Fritz Dinkhauser.

LEHRE AUFWERTEN, SCHULSYSTEM REFORMIEREN!

Die Gründe, warum es immer weniger Lehrlinge gibt, liegen nicht nur darin, dass es immer weniger junge Menschen gibt. Viel mehr fehlt die Attraktivität der Lehrberufe. Viele Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen, schicken die Kinder auf eine höhere Schule. Der Abschluss mit Matura ist heute Standard. „Wenn wir es mit der Aufwertung der Lehrberufe ernst meinen, müssen wir umdenken. Wir können



LA Fritz Dinkhauser lässt Tirols Lehrlinge nicht im Stich!

etwa einen Meister mit einem Maturanten gleichsetzen. Wir sollten die Berufsschullehrer aufwerten und das Berufsschulwesen reformieren. Beispielsweise statt Sitzenbleiben Förderunterricht anbieten, da-

mit wir keinen Jugendlichen zurücklassen. So wie in der Schweiz oder in Skandinavien“, schlägt LA Dinkhauser vor.

LEHRLINGS-INITIATIVE DER LISTE FRITZ IM LANDTAG!

Damit Tirol die Lehrlinge nicht ausgeben, beantragt LA Fritz Dinkhauser Reformvorschläge zur Aufwertung des Lehrberufs im Landtag. „Facharbeit hat einen hohen Wert! Die jungen Leute und ihre Eltern müssen wissen, dass die Ausbildung auf der beruflichen und auf der Bildungsebene eine gesicherte Zukunft bedeutet. Die Politik kann die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Lehrlinge ihren Arbeitsplatz sicher haben“, erklärt LA Dinkhauser.

Rettet die Retter: JA zu den Rettungs-Ortstellen, NEIN zur Schließung!



Als Folge des neuen Rettungsgesetzes und der Ausschreibung droht der Ortsstelle Nauders die Schließung. Sie ist die erste von bis zu zehn Ortsstellen in ganz Tirol. „Wenn Platter und Tilg Ortsstellen zusperrn, verschlechtern sie die Gesundheitsversorgung für Einheimische und Gäste massiv“, erklärt LA Bernhard Ernst dagegen.

Beispiel Nauders: Der Ort hat mehr als 1500 Einwohner, 600 Saisoniers und 4000 Gästebetten. Im Sommer ist die Region eine beliebte Motorradstrecke. Auch das Skigebiet Nauders fällt in die Zuständigkeit der Ortsstelle. „Die Region aus Ried oder Prutz zu versorgen, verschlechtert die Gesundheitsversorgung, weil die Einsatzzeit von 15 Minuten nicht einzuhalten ist. Besonders im Winter, bei Schnee, Eis und viel Verkehr. Das muss auch die Touristiker aufwecken“, warnt LA Ernst. Besonders unverständlich ist die ÖVP-Zusperr-Aktion, weil die Gemeinde die Ortsstelle mit 70.000 Euro aus dem Gemeindebudget finanziert. LA Ernst kämpft im Landtag mit einem Dringlichkeitsantrag für den Erhalt aller Tiroler Rettungs-Ortsstellen.

Pflege in Tirol sichern!

Derzeit sind 12.500 Tiroler über 85 Jahre alt. Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol holt Fachleute und Praktiker für neue Ideen zur finanzierbaren und menschlichen Pflege und Betreuung an den Tisch – einzig die ÖVP verweigert sich!

Die größte Angst haben alte Menschen nicht vor dem Sterben, sondern vor der Versorgung im Alter. Wo kann ich wohnen, kann ich es bezahlen, ist mein Platz gesichert? Rund 60 % der Menschen kommen unfreiwillig ins Heim, der Großteil will zu Hause alt werden“, erläutert Roswitha Scheibeck, Referentin bei der Pflege-Enquete „Alt werden in Tirol – Würde oder Bürde?“, zu der die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol kürzlich eingeladen hat.

SCHLECHTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR PFLEGE-MITARBEITER!

Für die Pflege im Heim fehlt schon jetzt das Personal. Aktuell sind 15 Betten wegen Personalmangels leer. Zudem sind die Pflegemitarbeiter körperlich und seelisch stark belastet. „Die Mitarbeiter der 83 Tiroler Heime bemühen sich, aber sie und die zu Pflegenden leiden unter dem unmenschlichen Minutenschlüssel und unter der falschen Pflege-

geld-Einstufung. Ich habe im Landtag dazu schon mehrmals Reformen beantragt, aber ÖVP und SPÖ haben sie abgelehnt“, erklärt LA Andrea Haselwanter-Schneider.

PFLEGE IST DAS ZUKUNFTSTHEMA!

Derzeit gibt es 12.500 Tiroler, die über 85 Jahre alt sind, Tendenz steigend. Die Pflegekosten explodieren: Die Vorarlberger Landesregierung rechnet mit einem Anstieg um 70 % bis zum Jahr 2020, Oberösterreich und das Burgenland mit einem Anstieg um 50 %. „Die teuerste Pflege ist die Pflege im Heim. Wir müssen den Menschen helfen, dass sie möglichst lange daheim statt im Heim alt werden können. Die Sozialsprenger leisten gute Arbeit, aber wir müssen die Familien, vor allem die Frauen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, noch stärker unterstützen, etwa durch leistbare Haushaltshilfen“, sagt LA Haselwanter-Schneider.

NEUE IDEEN FÜR PFLEGE!

Zudem braucht es in Tirol neue Wohn- und Lebensformen für alte Menschen, wie teilstationäre Dienste, Mehrgenerationenhäuser, Hausgemeinschaften, Alten-Wohngemeinschaften und kleine Wohngruppen mit verteilten Aufgaben. Dafür muss die Landespolitik die Anschubfinanzierung gewähren. „Der größte Pflegefall in Tirol ist die Politik. Sie schaut zu und wartet, bis das Problem unfinanzierbar ist. Es reicht nicht, wenn die Landesregierung ihr Heil nur im Bau neuer Heime und in der Ausbildung neuer Pflegekräfte sucht“, erklärt Sozialsprecherin LA Andrea Haselwanter-Schneider. Sie will die Pflege in Tirol mit ihren Anträgen im Landtag weiter verbessern und langfristig absichern. „Die ÖVP meint, dass alles gut ist, wie es ist. Neue Ideen zur Pflege interessieren sie nicht, denn an unserer Pflege-Enquete hat kein ÖVP-Abgeordneter teilgenommen“, kritisiert LA Haselwanter-Schneider. ■



Großes Interesse an neuen Ideen zur Pflege und Betreuung im Alter bei der Pflege-Enquete der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol.

ÖVP-SPÖ: Mehr als 1 Million € Steuergeld für Werbung!



Die ÖVP-SPÖ-Landesregierung lässt sich die Werbung in den Printmedien, im Rundfunk und im Fernsehen einiges kosten. Allein für Werbeinserate zum Gedenkjahr, zur Gemeindegemeinschaftskampagne, zum Familienwandertag und zum Familienskitag oder zur Wohnbauförderung haben die Tiroler Steuerzahler im Jahr 2009 und in den ersten vier Monaten 2010 mehr als eine Million Euro, rund 14 Millionen

Schilling, gezahlt. „Eine unsinnige, unverschämte und unverantwortliche Steuergeldverschwendung! Sozial-, Kultur- und Sportvereine, die wichtige Arbeit für die Bürger leisten, kürzt die Landesregierung, für Werbeinserate, die den Bürgern gar nichts bringen, sitzt das Geld aber locker“, ärgert sich Klubobmann LA Bernhard Ernst. Er nennt auch Beispiele: So haben etwa allein die Weihnachtswünsche der Landesregierung mehr als 30.000 Euro gekostet. „Auch die Werbung für die Ski- und Wandertage, zu denen sich unsere ÖVP-SPÖ-Landesregierung gern bürgernah zeigt, haben mehr als 90.000 Euro verschlungen“, deckt LA Ernst auf. Er wird die Steuergeldverschwendung der ÖVP-SPÖ-Landesregierung weiterhin aufzeigen.

SPÖ-Landesrat Reheis lässt Oberländer Frauen im Stich!



Rund 20 arbeitslosen Frauen aus dem Oberland hat das AMS einen Kurs als Heimhelfer empfohlen und mit dem Hinweis, dies sei ein Sprungbrett zum Job als Pflegehelfer, schmackhaft gemacht. „Geblichen sind Enttäuschung, Frust und neue Kosten, aber kein Job“, zeigt sich LA Dr. Andrea Haselwanter-Schneider verärgert. Die Sozialsprecherin der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol hat im Landtag darauf

gedrängt, den weiterhin arbeitslosen Frauen jetzt wenigstens die Aufschulung zum Pflegehelfer unbürokratisch zu ersetzen. „SPÖ-Soziallandesrat Reheis weigert sich aber, er schiebt alle Schuld auf das AMS. Leidtragende sind die Frauen, die am wenigsten für den Pfusch beim Heimhelferkurs dafür können“, berichtet LA Haselwanter-Schneider. Sie wird sich weiterhin für die Frauen einsetzen.

Landesrechnungshof durchleuchtet TIWAG!

Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol und die Grünen setzen eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofs wegen des Verdachts der politischen Korruption und Parteienfinanzierung durch.

Markus Wilhelm hat auf seiner Internetseite www.dietiwag.org schwere Vorwürfe veröffentlicht. Demnach soll die Werbeagentur hofherr kommunikations den Gemeinderatswahlkampf des Kaunertaler ÖVP-Bürgermeisters Pepi Raich geplant und die TIWAG soll das Ganze bezahlt haben. Ähnliches soll es in anderen Kraftwerksgemeinden, etwa Matri in Osttirol, gegeben haben. Dort ist Andreas Köll, Obmann des ÖVP Arbeiter- und Angestelltenbundes, Bürgermeister. Alle Betroffenen bestreiten die Vorwürfe.

ÖVP WILL KEINE KLÄRUNG!

Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol hat zur Klärung der schwerwiegenden Vorwürfe der ÖVP und den anderen Parteien angeboten, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen. „Die ÖVP sollte am meisten Interesse haben, die Vorwürfe der politischen Korruption und unerlaubten Parteienfinanzierung aufzuklären. Die ÖVP verweigert sich aber. Daher bringen wir Licht ins Dunkel, damit die Tiroler wieder Vertrauen in die Politik und in das größte Landesunternehmen haben können“, erklärt LA Fritz Dinkhauser.

LANDESRECHNUNGSHOF EINGESCHALTET!

Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol und die Grünen haben eine Sonderprüfung der TIWAG durch den Landesrechnungshof durchgesetzt. „Der Fall Kaunertal ist die Spitze des Eisbergs und ein Spiegelbild dieser ehrenwerten Gesellschaft. Sie meint, sich alles richten zu können, wenn sie sich nur der richtigen ÖVP- und TIWAG-com-



An wen lässt die TIWAG 16 Millionen Euro für Werbung und Beratung fließen?

munikation bedient. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und verlangen voller Aufklärung, Herr Landeshauptmann Platter. Untertauchen, wegtauchen, durchtauchen spielt es mit uns nicht“, stellt LA Dinkhauser klar.

VIELE ÖVP-VERBINDUNGEN

Der Landesrechnungshof muss jetzt prüfen, was an den Vorwürfen dran ist, ob es weitere derartige Fälle gibt, wer etwas davon wusste und was und wie weit die ÖVP eingebunden war. Der Leiter der Werbeagentur war früher im Büro von ÖVP-Landesrat Ferdinand Eberle tätig. Ex-ÖVP-Landesrat Eberle ist derzeit Vorsitzender des Aufsichtsrats der TIWAG. Das Landesunternehmen, das allen Bürgern gehört, wird von ÖVP-Landeshauptmann Platter vertreten.

TIWAG: 16 MILLIONEN FÜR WERBUNG UND BERATUNG!

Alein im Jahr 2008 hat die TIWAG 16 Millionen Euro, also mehr als 200 Millionen Schilling, für Werbung und Beratung ausgegeben. Das sind monatlich mehr als 660.000 Euro für Werbung und noch einmal 670.000 Euro für Berater. „Es fehlt jedes Unrechtsbewusstsein! Wir sind ange treten, um Schluss mit solchen Seilschaften zu machen. Der Landesrechnungshof muss Licht in diese Geldflüsse bringen. Wofür und an wen fließen diese Summen? TIWAG-General Wallnöfer hat in den letzten Jahren nichts zusammengebracht, aber verprasst öffentliches Geld. Das Geld der Tiroler Steuerzahler, das sonst hinten und vorne fehlt“, ärgert sich LA Dinkhauser. ■

„Den Aufbruch haben wir geschafft, den Umbruch noch nicht!“

Der Gründer und Obmann der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol über die Liebe zu den Menschen, die Leidenschaft zum Land und sein Feuer für das Bürgerforum Tirol.



„Tirol hat in Wien null Bedeutung. Wenn früher ein Tiroler Landeshauptmann nach Wien gekommen ist, haben sie ihm den roten Teppich ausgerollt, heute zeigen sie ihm die rote Karte!“

Fritz Dinkhauser

FritzNews: Bei der Landtagswahl 2008 haben die Tiroler die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft im Land gewählt. Ihre Bilanz nach zwei Jahren?

Fritz Dinkhauser: Das Wahlergebnis ist ein Aufschrei der Tiroler für Veränderungen. Wir haben den Aufbruch geschafft, aber noch nicht den Umbruch! In Tirol hat noch immer der recht, der es sich richten kann. Die ÖVP-SPÖ-Landesregierung ist weiter abhängig von Lobbys.

FN: Ihr Bürgerforum sitzt nicht in der Regierung, was können sie ändern?

Dinkhauser: Natürlich wollen wir lieber mitgestalten. Wir sind die einzige unabhängige Gruppe, keiner Seilschaft und Bruderschaft, sondern nur den Bürgern verpflichtet. Wir wollen die Demokratie von unten stärken, wichtig sind die Bürger, nicht die Partei. Ich muss nicht mehr berühmt werden, aber ich mag die Leute und will das Land verändern. Das Bürgerforum ist fürs Land unverzichtbar!

FN: Aber die ÖVP-SPÖ-Landesregierung schafft an ...

Dinkhauser: ... und das Land versinkt in Mittelmäßigkeit. Die Demokratie müssen wir erneuern, wie kann es sein, dass die zwei Wahlverlierer (ÖVP minus 9,39 %, SPÖ minus 10,39 % – Anm.) zu Siegern werden und regieren? Das ist nicht der Wille des Volkes. Wenigstens vom Volk gewählt sollten ein Landeshauptmann und seine Landesräte sein.

FN: Rund 62.000 Wählerinnen und Wähler haben große Hoffnungen in ihr Bürgerforum gesetzt. Konnten sie die bisher erfüllen?

Dinkhauser: Die Tiroler haben der Opposition ein Schwert in die Hand gegeben. Wir haben gemeinsam einen Misstrauensantrag gegen den Sargnagel Tirols, den Steixner, gemacht. ÖVP und SPÖ haben ihn geschützt. Wir haben zwei Sonderprüfungen des Landesrechnungshofs durchgesetzt, um schwere Vorwürfen zum Verdacht der Korruption und Parteienfinanzierung rund um die TIWAG aufzuklären. Und zum Fohlenhof Ebbs. In beiden Fällen geht es ums Steuergeld der Tiroler. Wer, wenn nicht wir, soll für Kontrolle sorgen? Auch bei der Landesbank Hypo Tirol hat sich alles, was wir aufgezeigt haben, bewahrheitet.

FN: Was würden sie in Tirol gern verändern?

Dinkhauser: Ich nehme es nicht hin, dass rund 25.000 Tiroler ohne Arbeit sind. Wenn wir Brückenarbeitsplätze schaffen und die Menschen wieder in Beschäftigung bringen, muss es gar keinen Arbeitslosen geben. Wir müssen bei der Bildung Nägel mit Köpfen machen. Laut Forschungsinstitut Synthesis kann jeder fünfte Tiroler nicht richtig lesen, schreiben oder rechnen. Tausend junge Menschen bleiben jedes Jahr ohne Schul- und Berufsabschluss. Uns gehen in den nächsten fünf Jahren die Lehrlinge und damit die Facharbeiter aus. Sie sind das Rückgrat unserer Klein- und Mittelbetriebe.

FN: Was tun sie dagegen?

Dinkhauser: Wir haben rund 200 Anfragen und Anträge im Landtag eingebracht, aber 90 % lehnen ÖVP und SPÖ ab. Wir haben ein neues Bildungskonzept vorgeschlagen, eine moderne Energiepolitik statt einer

sturen Kraftwerkspolitik sowie einen ernsthaften Kampf gegen die Armut gefordert. 100.000 Tiroler, darunter 20.000 Kinder, sind armutsgefährdet. Da nützt Schönreden nichts. Die Tiroler haben die zweitniedrigsten, die Voralberger die zweithöchsten Einkommen. Unsere Klein- und Mittelbetriebe brauchen Unterstützung, damit sie ihre Produkte international vermarkten können. Aber das Land und der Landeshauptmann sind visionlos und ideenlos.

FN: Kann sich Landeshauptmann Platter nicht durchsetzen?

Dinkhauser: Steixner und der Bauernbund haben Platter auf den Kutschbock hinaufsitzen lassen, aber die Zügel hat weiter Steixner in der Hand! Tirol hat auch in Wien null Bedeutung. Wenn früher ein Tiroler Landeshauptmann nach Wien gekommen ist, haben sie ihm den roten Teppich ausgerollt, heute zeigen sie ihm die rote Karte! Siehe Brenner-Basistunnel. So würde es heute keinen Arlberg- oder Felbertauerntunnel geben und nicht in jedem Bezirk höhere Schulen.

FN: Ihre nächsten Ziele?

Dinkhauser: Wir kämpfen für die tausenden Freiwilligen bei der Rettung. Wie ÖVP und SPÖ mit ihnen umgehen, ist eine Schande. Dann darf kein Tiroler ohne Schul- und Berufsabschluss bleiben. Und die Tiroler müssen bestens gepflegt alt werden können. Es braucht Mut zum Risiko, Mut, neue Wege zu gehen und nicht auf den alten Trampelpfaden weiterzumarschieren. Ein soziales und gerechtes Tirol ist heute wichtiger denn je und wir kämpfen dafür, als Sprachrohr für die Bürger! ■

Für Tirols Bürger angepackt & umgesetzt:



Das Land brodelt. 1000 Rettungsmitarbeiter und über 5000 Freiwillige zittern. Sie sind gewaltig verärgert. LH Platter und LR Tilg sind am besten Weg, das erfolgreiche Tiroler Rettungswesen zu zerstören. Unsere Notärzte und die ausgezeichnete Flugrettung sind die nächsten. „Rettet die Retter!“ Wir unterstützen euch mit ganzer Kraft. Alle Tiroler zahlen jährlich 500 Mio. € fürs Heizen. Der Energiehauspark Tirol zeigt, wie es geht. Mitten in Tirol ohne Heizöl und Gas. Sonne, Erdwärme, Pellets liefern die Energie. Statt 2000 € nur mehr 200 € Heizkosten pro Jahr. Wir setzen uns mit aller Kraft für diesen Weg ein. Zwei Beispiele, die zeigen, wofür ich mich einsetze. Als Klubobmann freut es mich, dass wir in den letzten 24 Monaten über 200 Ideen in den Landtag eingebracht haben. Leider hat die ÖVP fast alle abgelehnt. Ablehnungen, Aussetzungen, Diskussionsverweigerung, Ideenboykott. „Ich reiche der Opposition die Hand. Jede gute Idee wird von uns umgesetzt“, hat LH Platter versprochen. Davon ist keine Rede. Schade für Tirol, seine Menschen und die Zukunft unserer Kinder.

LA Bernhard Ernst, bernhard.ernst@liste-fritz.at ■



Als Sozialsprecherin der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol sind mir die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen ein großes Anliegen, genauso wie die Situation der Pflegepersonen in den verschiedenen Institutionen. Ich habe dazu zahlreiche Initiativen im Landtag eingebracht, wie die verbesserte Unterstützung und Schulung pflegender Angehöriger oder eine treffsichere und zeitgemäße Pflegegeld-Einstufung. Wir haben erst jüngst zur Veranstaltung „Alt werden in Tirol – Würde oder Bürde?“ Fachleute und Interessierte geladen. Viele neue Ideen für Wohnen und Betreuung im Alter haben wir dabei vorgestellt. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von mir ist die Frage der Familien und Frauen in diesem Land, etwa bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das neue Kinderbetreuungsgesetz wird künftig noch viele Eltern beschäftigen. Für eine gerechte Zukunft unserer Kinder, Familien und für die alten Menschen werde ich mich weiterhin einsetzen.

LA Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, andrea.haselwanter-schneider@liste-fritz.at ■



Als direkt gewählter Abgeordneter ist mir ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr in meinem Bezirk Innsbruck-Land ein wichtiges Anliegen. Der Verkehrsknoten Innsbruck-Süd wird derzeit auf meine Initiative hin entschärft und neu gebaut. Ich bin überall in Tirol vor Ort, wenn es gilt, Bürgerrechte zu sichern – ob in Niederndorf (Steinbruch), im vorderen Ötztal (Adventure Dome), in Kematen (Schottergrube) oder anderswo.

Ich kämpfe für die Abschaffung der ungerechten und diskriminierenden Leistungsgruppen in den Hauptschulen und setze mich für eine Neue Mittelschule mit Chancengleichheit für alle Kinder ein. „Macht braucht Kontrolle“ – das ist mein Motto als stv. Vorsitzender im Finanzkontrollausschuss des Landtags. Bei den Gemeinderatswahlen ist meine unabhängige Bürgerliste in Fulpmes aus dem Stand heraus die stärkste Fraktion geworden. Ehrliche politische Arbeit wird belohnt, sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene. Ich bin immer für euch da und jederzeit erreichbar!

LA Gottfried Kapferer, gottfried.kapferer@aon.at
Tel.: 0650/821 5378 ■



Unrecht Agrargemeinschaften: Trotz des Urteils des Verfassungsgerichtshofs im Fall Mieders (2008) hat die Landespolitik zugeschaut, wie sich einige weiterhin Grundstücke aus dem Gemeindegut um 2,90 €/m² geholt haben. Inzwischen hat der VfGH in zwei weiteren Urteilen klargestellt, dass das Miederer Erkenntnis auch auf andere Gemeindeguts-Agrargemeinschaften anzuwenden ist. Steixner hält sich seit unserem Misstrauensantrag etwas zurück und seit Dezember gibt es ein neues Agrargesetz. Mieders aber hat noch immer keinen Euro von den mehr als 1,6 Mio. seiner Agrargemeinschaft bekommen.

Ich schreibe – neben Stellungnahmen, Berufungen und Beschwerden – jetzt wieder einen Antrag für den Landtag, um die Sache voranzubringen. Die Demokratie zu stärken ist schwer: Jeden Vorstoß für mehr Bürgerrechte, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit wehren ÖVP und SPÖ ab.

LA Dr. Andreas Brugger, andreas.brugger@liste-fritz.at ■

Stopp Ausverkauf der Tirol Milch!

Liste Fritz – Bürgerforum Tirol befürchtet Nachteile für Konsumenten, Bauern, Mitarbeiter und Marke Tirol!

Die Milchraub-Genossenschaft Oberösterreich schluckt die Tirol Milch. Die Bauern verkaufen sie für dumm und die ÖVP-Agrarpolitik applaudiert. Dabei haben in den letzten 15 Jahren schon mehr als 15.000 Tiroler Bauern die Stalltüren zugesperrt“, stellt LA Fritz Dinkhauser enttäuscht fest. Die Berglandmilch aus Oberösterreich ist ein Milchkonzern mit 610 Millionen Euro Umsatz, die Tirol Milch kommt auf 136,6 Millionen Euro. „Die Oberösterreicher wollen ihren Gewinn steigern, den Milchpreis, den Mitarbeiterstand der Tirol Milch und die Konzernstrategie werden künftig sie bestimmen. Ein Komplett-Ausverkauf“, warnt LA Dinkhauser.

BAUERN UND KONSUMENTEN VERRATEN!

Auch die Konsumenten werden verraten. Sie haben bisher zum Tiroler Produkt gegriffen, um die heimischen Bauern bewusst zu unterstützen. „Eine Einheitsmilch unter der Marke Tirol hat keine Glaubwürdigkeit. Die Oberösterreicher machen aus ihrer Flachlandmilch jetzt Berglandmilch und schnappen sich billig die Marken Tirol und Lattella. Den 4000 Tirol-Milch-Bauern versprechen sie ein paar Cent mehr Milchpreis, die Milch-Silberlinge. Ich rufe die Tiroler



Die kleine Tirol Milch wird von der Oberösterreichischen Milchraub-Genossenschaft geschluckt!

Bauern auf, lasst euch nicht über den Tisch ziehen, wacht auf und wehrt euch!“, so LA Fritz Dinkhauser.

SPEZIALISIERUNG, NICHT AUSVERKAUF IST CHANCE FÜR BAUERN!

„Die Spezialisierung auf heimische Lebensmittel aus dem Naturkostland Tirol wäre die Chance für die Bauern. Statt Ausverkauf braucht es verlässliche Partner, etwa aus Südtirol“, meint LA Dinkhauser. Die Genossenschaft Milchhof Sterzing hat mit 62,5 Mio. € (2009) etwa den halben Jahresumsatz der Tirol Milch (136,6 Mio. €). Die Bauern bekommen aber 50 Cent pro Liter Milch statt wie bei

der Tirol Milch 32 Cent. „Die Südtiroler haben früh erkannt, dass das Wichtigste eine starke Marke, gute Qualität und Spezialisierung sind. So ist der kleine Milchhof Sterzing die Nummer 2 in Italien beim Joghurt“, weiß LA Dinkhauser.

LISTE FRITZ: INITIATIVEN FÜR DIE BAUERN!

„Steixner und Konsorten fällt nichts ein. Die Idee für mehr heimische Lebensmittel in Spitälern, Heimen und Schulen haben wir im Landtag eingebracht, jetzt schmückt sich Steixner damit. Selber eingefallen ist ihm diese Initiative für die Bauern aber nicht“, stellt LA Dinkhauser fest.

Agrargemeinschaften: Raubzug geht weiter!

Es ist ungeheuerlich. Der Raubzug bei einigen Agrargemeinschaften geht ungeniert weiter. Jetzt verteilen sie noch schnell die Beute. In Götzens werden uns Auszahlungen im großen Stil gemeldet, in Lans haben sie sich Sitzungsgelder genehmigt, in Wenns sind die Unterlagen plötzlich verschwunden. Selbst in Mieders hat die Gemeinde noch immer keinen Euro von den 1,6 Millionen Euro der Agrargemeinschaft gesehen! Die Landesregierung schaut wohlwollend

zu“, zeigt LA Fritz Dinkhauser auf. Das alles, obwohl der Verfassungsgerichtshof mehrmals klar zugunsten der Gemeinden entschieden und der Landtag ein neues Agrargesetz beschlossen hat. „Das Agrargesetz ist schwach, die Agrarfunktionäre und ihr politischen Helfer verkaufen die Bürger und Bürgermeister für dumm und spielen auf Zeit. Solange, bis die Rücklagen weg sind. Aber da schauen wir nicht zu“, kündigt LA Dinkhauser an. Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol stellt im Landtag

einen Dringlichkeitsantrag, damit die Bürger und Gemeinden endlich zu ihrem Recht kommen. „Nicht mehr die Gemeinden müssen beweisen, dass Grund und Boden ihnen gehört, sondern der Grundbuchstand ist maßgeblich. Schließlich steht im Grundbuch nur das, was früher schon alles genau geprüft wurde“, erklärt LA Dr. Andreas Brugger den Inhalt des neuen Landtags-Antrags. Wollen ÖVP und SPÖ den Bürgern und Gemeinden helfen, brauchen sie nur mitzustimmen. ■

Kinderbetreuung: Ganztätig und ganzjährig ja, gratis nein!

Ganztätig, ganzjährig und gratis. Diese drei G sind Kern unserer Forderung für eine bessere Kinderbetreuung. Ganztätig und ganzjährig haben wir für die Kinder und Eltern durchgesetzt. Denn in vielen Familien wollen heute beide Elternteile arbeiten. In immer mehr Familien müssen aber beide arbeiten und Alleinerziehende haben ohnehin keine Wahl. Die Einkommen in Tirol sind die zweitniedrigsten in Österreich, bei den Kosten fürs Leben und fürs Wohnen liegt Tirol aber an der Spitze“, erklärt LA Andrea Haselwanter-Schneider. Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol hat dem neuen Kinderbetreuungsgesetz im Landtag zugestimmt,



auch wenn es viele offene Fragen gibt. „Das ist ein JA mit Bauchweh, vom kinderfreundlichsten Bundesland ist das weit weg. Denn die Kinderbetreuung ist künftig nicht gratis. Bei den Kosten für die Gemeinden wird es sich noch spießen. Und verbindlich sind die Vorgaben des Landes auch nicht. Die Bürgermeister entscheiden, ob das Angebot für die Kinderbetreuung besser wird“, hat LA Fritz Dinkhauser

große Bedenken. Einzelne ÖVP-Bürgermeister wehren sich gegen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, etwa Bürgermeister Hansjörg Jäger aus Ried im Zillertal, für den das Gesetz „Richtung Ostdeutschland“ geht und „Kommunismus“ ist. „Das neue Kinderbetreuungsgesetz ist kein Meilenstein. Andere Bundesländer wie Wien, die Steiermark oder Oberösterreich sind viel weiter. Aber es ist besser als das, was wir bisher haben. Wir nehmen die Landesregierung jetzt in die Pflicht und erwarten, dass im Herbst jedes Kind in Tirol die Betreuung bekommt, die seine Eltern brauchen“, meint LA Haselwanter-Schneider. ■

Bundesrat Zangerl: Tirols soziale Stimme in Wien!



Der Bundesrat als Länderkammer braucht mehr Kompetenzen – ein Horror für die Wiener Zentralisten. Umso mehr bringe ich mich als Tiroler Bundesrat in den Debatten ein und setze meinen Schwerpunkt auf den sozialen Aspekt. Der schleichende Sozialabbau – teils verdeckt, teils schamlos offen betrieben – ist mir ein Gräuel. Ich habe im Bundesrat beim Postmarktgesetz vor den Folgen dieses Casinokapitalismus gewarnt: Die Bürger stehen ohne Postversorgung da und die Manager vernichten Arbeitsplätze. Das alles, obwohl die Post Milliongewinne schreibt. Aber die Aktionäre wollen immer mehr. Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld geht es um besseren Zuverdienst. So soll es möglich sein, bis zu 60 % des früheren Einkommens während des Bezugs des Kinderbetreuungsgelds zu verdienen. Hinter dem sperrigen Titel „Unternehmensliquiditätsgesetz“ habe ich die Bedeutung der Arbeitnehmer für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestrichen. Das haben alle Fraktionen mit spontanem Applaus quittiert. ■

Millionen-Sparpaket als Elchtest für Platter, Switak & Co!



Landeshauptmann Platter, ÖVP-Finanzreferent Switak und die Schleppenträger von der SPÖ jammern über den Tiroler Schuldenberg, den sie zum Gutteil selbst angehäuft haben. Sie haben gewusst, dass die Landeskassen leer sind, und haben trotzdem nicht lebensnotwendige Prestige-Projekte durchgedrückt“, erklärt LA Fritz Dinkhauser. So lässt die Landespolitik derzeit den Landhausplatz um mehr als sechs Millionen Euro betonieren und das Bergisel-Museum um mehr als 20 Millionen Euro bauen. Allein das Museum verschlingt für den laufenden Betrieb jährlich 600.000 Euro. „Sie hätten diese Prestige-Projekte aufschieben können, aber dahinter stehen einflussreiche Seilschaften und die mächtige Baulobby. Mich ärgert, dass wieder alle Tiroler über höhere Gebühren und Tarife sowie höhere Steuern und Abgaben die Zeche zahlen müssen“, sagt LA Dinkhauser. ■

Eine „Erfolgsgeschichte“ – 5 Jahre Sozialmarkt!



LA Fritz Dinkhauser freut sich mit Sozialmarkt-Geschäftsführerin Michaela Landauer und seinem Nachfolger AK-Präsident Erwin Zangerl über das gelungene Sozialprojekt.

Im Jahr 2005 hat Fritz Dinkhauser all seine Überzeugungskraft gebraucht, um das Pilotprojekt Sozialmarkt zu starten. Inzwischen gibt es im Sozialmarkt in Innsbruck mehr als 2200 Kundenkarten und erfreulicherweise 55 Firmen, die mit ihren Waren das Projekt unterstützen. „Die Geschäftsführerin und ihr Team leisten hervorragende Arbeit, aber eigentlich ist der Erfolg des Sozialmarkts kein Grund zum Jubeln. Denn jeder neue Sozialmarkt ist ein Signal dafür, dass es den Tirolern nicht gut geht und dass immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen“, sagt der Ideengeber für den ersten Tiroler Sozialmarkt, LA Fritz Dinkhauser. Mittlerweile gibt es schon sechs Sozialmärkte in Tirol und mehr als 3000 Kunden. Der Sozialmarkt bietet sozial Schwachen verbilligte Waren sowie rasche und unbürokratische Hilfe. ■

www.listefritz.at



klick rein!